Sie wollen Ihr **Haus** oder Ihre **Wohnung** verkaufen?

Wir beraten Sie kompetent und erledigen alles von A-Z.

Tel. 044 515 00 40

IMOYA IMMOBILIEN AG
Florastrasse 49, 8008 Zürich
info@imoya-immo.ch
www.imoya-immo.ch

Freitag, 5. September 2014 | Nr. 36 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

PROSPERIERENDE GESCHÄFTSMODELLE DER SOZIALARBEITER-BRANCHE

Importierte Armut ist ein erheblicher Kostenfaktor für die Gemeinden

Vor rund 10 Tagen war einigen Medienberichten zu entnehmen, dass ein einziger sozialhilfebeziehender Haushalt fast eine halbe Million Sozialgelder pro Jahr verschlinge und dadurch eine kleine Zürcher Gemeinde in finanzielle Notlage gerate. Die entsprechenden Behörden sehen sich genötigt, den lokalen Steuerfuss um einen Drittel zu erhöhen.

Barbara Steinemann
Kantonsrätin SVP
Watt-Regensdorf

Fälle wie dieser haben längst keinen Seltenheitswert mehr; gleich mehrere Gemeinden im Kanton Zürich mühen sich mit solchen Sachverhalten ab, was sich pro Jahr mit mehreren 100 000 Fr. Aufwand im kommunalen Finanzhaushalt bemerkbar macht. Nebst chronischer Sozialhilfeanhängigkeit sind Überforderung, unzumutbares Benehmen und Rückständigkeit die Kostentreiber.

Die Hintergründe sind von den Medien weitgehend politisch korrekt verschwiegen worden: Einst als Asylbewerber zugezogen, später mit einem Duldungsrecht samt Anspruch auf Familiennachzug sesshaft geworden. Wie aber ist es möglich, dass eine einzige Grossfamilie den kommunalen Steuerzahler mit Kosten in der Höhe von rund knapp 40 000 Fr. pro Monat belastet und in welchen Taschen landen die Gelder schlussendlich?

Das Business mit der Betreuung von Armen

Folgendes Beispiel einer zentralafrikanischen Mutter mit drei Kindern, seit mehreren Jahren in der Schweiz, verdeutlicht den starken Anstieg kommunaler Sozialausgaben: Zwei ihrer drei Mädchen befinden sich in einer ausserfamiliären Schulplatzierung, was pro Tag und Kind 300 Fr. kostet, die sich politische Gemeinde und Primarschulgemeinde teilen müssen. Die Hintergründe sind meist hochkomplex und werden in seitenlangen Berichten an die kommunalen Behörden festgehalten. Kritik von aussen wird mit den Schlagworten «Kindswohl» und dem banalen Hinweis, wonach das Kind keine Schuld für seine Situation trage, abgeschmettert. Dem Entwicklungsrückstand der Kinder wird mit auswärtiger Sonderbeschulung entgegengetreten, der chronischen Fürsorge-Anhängigkeit der Mutter mit zahlreichen Beschäftigungs- und Lernprogrammen.

Fügt sich ein Kind nicht in die Klasse ein, sieht sich die Schulpflege genötigt, es in ein Sonderschulheim zu versetzen. Und das belastet allein die betreffende Gemeinde mit besagten 110 000 Fr. pro Jahr und Person. Davon ausgehend, dass der Kanton mindestens mit dem gleichen Betrag dabei ist und der Bund ebenfalls mit einem in unbekannter Höhe, so erhält man eine Vorstellung, wie stark allein ein fremdplatziertes Kind den Steuerzahler beutelt. Das Gfellergut ist eine typische Heiminstitution, sie ist bislang die einzige, welche auf ihrer Homepage ihre Taxen offenbart – diese betragen bis 743 Fr. pro Tag. Ansonsten ist Kostentransparenz nicht unbedingt ein Merkmal der Sozialbranche.

Sind die Jugendlichen im Lehrlingsalter, so ist an eine gewöhnliche Lehre nicht zu denken. Auch auf schwer vermittelbare Heranwachsende haben sich Institutionen spezialisiert: So tritt beispielsweise der Lehrverbundbetrieb AxisBildung als Lehrmeister für rund 170 Auszubildende aus problembefrachteten Verhältnissen auf. Die Lehre im niederschwelligen Arbeitsplatzsegment plus Heimplatzierung schlägt für eine Gemeinde mit 9330 Fr. pro Monat zu Buche.

Die teuren Kostgänger des Staates

Alles Ausnahmen? Überzogen? Wäre ich neu als Sozialbehörde-Mitglied, hätte ich solche Konstellationen für die Spitze des Eisberges oder gar für Fantasie gehalten. Ist es aber längst nicht mehr, wenngleich das alles auch jenseits meiner Vorstellungskraft liegt. Geradezu günstig, aber mittlerweile im Kanton tausendfach vorkommend sind die sog. «sozialpädagogischen Familienbegleitungen»: Wo Sozialarbeiter erzieherischen Notstand orten, wird der Pädagoge ins Haus geschickt. Diese ambulante Familienhilfe kostet zwischen 2500 und 3500 Fr. pro Monat und läuft meist über Jahre. Die von der Bildungsdirektion festgelegten Einheitspreise dafür liegen zwischen 120 und 160 Fr. pro Stunde.

Die Asylorganisation Zürich AOZ hat sich auf das Verwalten und den Beistand von Personen aus dem Asylbereich spezialisiert. 14-tägliche Einsätze, bei denen soziale Kompetenzen und ein Zurechtfinden in der mitteleuropäischen Lebenswelt eingeübt werden, ziehen Auslagen von rund 14 400 Fr. pro Jahr bei einem Stundenansatz von 120 Fr. nach sich. Das Angebot nennt sich Familiencoaching im Migrationsbereich und richtet sich an kulturfremde Familien mit einer Fülle von sozialen Problemlagen.

All diese Angelegenheiten werden von selbsternannten «Profis», die für ihre Arbeit zu staatlich festgesetzten Tarifen bezahlt sind, übernommen. Der Staat hat diese Hilfen an private Unternehmen ausgelagert. Träger sind in der Regel Sozialarbeiter, die mit ihren Firmen gegenseitig um die Aufträge der Kinder- und Jugendzentren, der Kindesschutz-Behörden und letztlich der Gemeinden buhlen. Trotz mangelnder Eigenschaften wie Disziplin, Benehmen, Lernbereitschaft, anderer Erziehungsstil und elterliches Bildungsniveau lässt sich durch sozialpädagogische Bearbeitung wenigstens eine randständige Karriere anpeilen.

Auftragsakquise bei der Sozialamt-Stammkundschaft

Merkmal ist stets, dass es sich um Haushalte im Transferbezug handelt. Wer IV oder Sozialhilfe bezieht, muss die teure Betreuung nicht selbst berappen – ansonsten ein Elternbeitrag gefordert wäre, was selten vorkommt. Eine Kontrolle und Steuerung der Aktivitäten dieser Branche liegt ausserhalb des Einflussbereichs der Gemeinden. Aber die Feststellung, wonach ein Grossteil der Hilfe ohne Wirkung verpufft, ist wohl nicht von der Hand zu weisen.

Wir haben es heute in grossem Stil mit einer Migration in den Sozialstaat zu tun – weil der Staat nicht in der Lage ist, abgewiesene Asylanten zurückzuschaffen, wegen grosszügigen Regelungen im Familiennachzug, weil Personen mit Duldungsstatus in Bleiberechte hineinwachsen. Und weil bei Migranten der Anteil von Menschen ohne Schulabschluss x-mal so hoch ist wie bei Schweizern. Es gibt Personen, die seit 10, 15 Jahren über ein Duldungsrecht verfügen, zumeist sind es Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Fernost oder in neuerer Zeit aus dem afrikanischen Kontinent, und die noch keinen einzigen Tag einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Entsprechend gross ist das Ärgernis der jeweiligen Gemeinde, wenn das Migrationsamt jedes Jahr die Bewilligung verlängert. Im Kanton Zürich hat jedenfalls noch nie jemand wegen chronischem Sozialhilfebezug den Aufenthaltstitel verloren.

Fortsetzung auf Seite 3

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

32. Kantonales SVP-Schiessen

12./13./14. September 2014
Schiessanlage Beichlen
8820 Wädenswil

Jetzt anmelden

Schiesszeiten:	Freitag	15.00 bis 19.00 Uhr
	Samstag	08.00 bis 12.00 Uhr
		13.00 bis 17.00 Uhr
	Sonntag	08.00 bis 12.00 Uhr

Sonntag: Frühschoppen und Gästeapéro
Unterhaltung mit dem Wadin Quintett;
Ehrengast Bundesrat Ueli Maurer

Festzelt und Barbetrieb an allen Festtagen

Anmeldungsunterlagen für Schützen unter
www.svp-zuerich.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

IMBACH
wandern weltweit

Wanderreisen in kleinen Gruppen oder individuell

Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

Christoph Mörgeli

Parteinahme für Kriegspartei

Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaité, ehemals Mitglied der sowjetischen Kommunistenpartei und dann EU-Kommissarin, sagt es so: «Russland ist im Krieg mit der EU.» Die Europäische Union wird im Konflikt um die Ukraine ganz offiziell zur Kriegspartei erklärt. Nun dämmert's dem Hintersten und Letzten: Die EU ist eine supranationale Organisation, welche die machtpolitischen Interessen ihrer Mitgliedstaaten wahrnimmt. Und zwar im Rahmen einer gemeinsamen Aussen-, Sicherheits- und Militärpolitik. Sollte die Schweiz – wie vom Bundesrat beabsichtigt – zur Rechtskolonie der EU absinken, wird aus der immerwährenden Neutralität eine nimmerwährende Neutralität.

Die Europäische Union will ihr Einflussgebiet in Richtung Osten erweitern. Sie hat am 21. März und am 27. Juni 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine abgeschlossen. Dieses verletzt den «Grundlagenvertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft» zwischen der Ukraine und Russland vom 31. Mai 1997. Dessen Artikel 6 verbietet den Abschluss von Verträgen mit gegenläufigen Interessen. Ziel war es damals, ein Zusammengehen der Ukraine mit der Nato zu verhindern.

Die deutsche Bundesregierung musste in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage zum entsprechenden Assoziierungsabkommen zugeben, dass es auch um die militärische Zusammenarbeit geht. Die Ukraine sei «integriert in ein umfassendes Sicherheitsabkommen». Dieses Jahr hat eine ukrainische Fregatte an EU-Operationen zur Bekämpfung der Piraterie teilgenommen. Ukrainische Truppen beteiligten sich 2014 auch an einem «EU-Gefechtsverband unter griechischer Führung». Man pflegt Beziehungen an Seminaren mit «regelmässigem Austausch von sicherheitspolitischen Fragen».

Nach Artikel 185 müsste der Bundesrat in seiner Aussenpolitik die Neutralität bewahren. Dennoch übernimmt er die Sanktionen der EU, also von einem parteiischen Teil des Problems. Bundesbern stützt sich auf das Embargogesetz von 2002. Darin sind Massnahmen der Uno, der OSZE und der «wichtigsten Handelspartner» genannt. Die Nennung der EU wurde bewusst vermieden. Um darüber hinwegzutäuschen, dass die ehemals neutrale Schweiz nach der Pfeife des Macht- und Kriegsgebildes EU tanzt. Der Bundesrat wärmt sich an einem Sonnenstrahl in Brüssel. Und foutiert sich ums Gewitter in Moskau.

VORSCHAU AUF DIE HERBSTSESSION

Mit Gleichgesinnten gegen Angriffe auf das Eigentum

Diesen Sommer hat der Bundesrat sogenannte Richtungsentscheide für eine Reform der Ergänzungsleistungen (EL) beschlossen. Kapitalbezüge aus der obligatorischen beruflichen Vorsorge (Pensionskasse/BVG) für die Finanzierung von Wohneigentum sollen verunmöglicht werden. Dieser Angriff auf ein zentrales Element der Wahlfreiheit im System der beruflichen Vorsorge ist entschieden zu bekämpfen.

Hans Egloff
Nationalrat
Aesch ZH

Als Präsident des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes (HEV Schweiz) empfehle ich, das Problem durch eine Änderung der EL-Berechnung anzugehen. Auch der Schweizerische Pensionskassenverband (ASIP) sieht das so: «Bevor Korrekturen eingeleitet werden, braucht es Aussagen zur Frage, ob der Kapitalbezug überhaupt ein nennenswertes Problem darstellt.» Mein Baselbieter Fraktionskollege Thomas de Courten, Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK), gibt zu bedenken: «Der Bundesrat trifft vor allem junge Familien und ignoriert, dass Wohneigentum auch eine persönliche Altersvorsorge ist. (...) Das alles ist ein Frontalangriff auf den Mittelstand und missachtet den eidgenössischen Grundsatz der Eigenverantwortung, ohne die echten Probleme der EL zu lösen.»

Aktivismus im Immobilienbereich

Mit Besorgnis beobachte ich den wachsenden Aktivismus von Bundesbern im Immobilienbereich. Im Mai hat der Bundesrat als «Massnahmen im Mietrecht» eine Formular- und Begründungspflicht für Anfangsmieten beschlossen. Im Juni wurden den Banken schärfere Bestimmungen bei der Hypothekarvergabe aufgezwungen, obwohl sich der Markt deutlich abgekühlt hat. Eine nächste Beschränkung der Eigentümerrechte ist bei der Revision des Raumplanungsgesetzes absehbar. Wegen noch mehr Planungsaufwand wird das Bauen umständlicher und teurer.

Um solchen und anderen Fehlentwicklungen entgegenzutreten, habe ich zusammen mit dem Waadtländer FDP-Ratskollegen Olivier Feller, Direktor der Chambre vaudoise immobilière und Generalsekretär der Fédération romande immobilière, sowie mit der Thurgauer CVP-Ständerätin Brigitte Häberli-Koller, Vorstandsmitglied des HEV Schweiz, am 19. Juni 2014 die Parlamentariergruppe «Wohn- und Grundeigentum» gegründet. Wir wollen die Interessen von Eigentümern in Bern noch besser vertreten. Die zunehmende Regulierung und Belastung der Wohn- und Grundeigentümer ist der Versuch, das Eigentum in der Schweiz möglichst unattraktiv zu machen. Darunter leiden Tausende in Stadt und Land. Anstatt die Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung ernst zu nehmen, orientiert sich die Politik an Ideologien und an rein fiskalischen Überlegungen. Die neue Parlamentariergruppe will mit Unterstützung gleichgesinnter Mitglieder dieser Entwicklung entgegentreten.

HEV-Jubiläum keine Sondermarke wert?

Der HEV Schweiz wollte sein 100-Jahr-Jubiläum 2015 mit einer Sonderbriefmarke krönen und reichte bei der Post AG dafür ein Gesuch ein. Denn die Post kann Sondermarken «für wichtige nationale oder internationale Veranstaltungen, Bestrebungen nationaler oder internationaler Institutionen sowie für Organisationen von grosser allgemeiner Bedeutung» herausgeben. Doch den HEV Schweiz zählt Post-Konzernleiterin Susanne Ruoff nicht zu diesem Kreis. Ich intervenierte deswegen bei Bundesrätin Doris Leuthard, der Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Diese antwortete: «Ich muss Sie um Verständnis bitten, dass es mir nicht zusteht, in diesen Entscheidungsprozess einzugreifen.» Alles klar?

Reichhaltige Traktandenliste

Auf den Traktandenlisten beider Kammern fallen diesen Herbst mehrfach die Stichworte «Schengen» und «Dublin» auf. Im einen Fall geht es darum, den Verzicht auf verdachtsunabhängige Personenkontrollen an der Landesgrenze für nötigenfalls zwei volle Jahre wieder aufzuheben, und das ohne «Erlaubnis» der EU. Im andern Fall soll die Schweiz bei der Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft abgewiesener Asylsuchender die neuen Dublin-Regeln anwenden. Diese sehen statt maximal 18 Monate neu höchstens noch sechs Wochen Ausschaffungshaft zur effizienteren Rückführung von Asylpersonen in die Länder ihrer Erstankunft vor.

Unter den Ratspendenzen ist auch die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» zu finden. In der Sommersession hatte der Ständerat die Rückweisung des Volksbegehrens an die vorberatende Kommission beschlossen, um die wegen der umstrittenen Einheit der Materie angefochtene Gültigkeit der Initiative zu überprüfen. Inzwischen haben die vorparlamentarischen Klärungen die Gültigkeit in diesem Streitfall bestätigt, so dass der Antrag des Bundesrates nun behandelt werden kann, die Initiative sei dem Souverän mit der Empfehlung zu unterbreiten, diese zu verwerfen.

Bankdatendiebe streng bestrafen

Nachdem in den vergangenen Wochen das medienöffentliche «Nachdenken» über mögliche SVP-Volksinitiativen besorgte Alt-Bundesräte wie Adolf Ogi und Arnold Koller aus dem Ruhestand aufschreckte, ist es von besonderem Reiz, auf ein im Ständerat zur Debatte gelangendes Volksbegehren bedenklichem Leerlaufpotential hinzuweisen. Die von Konsumentenschützern getragene und vom «K-Tipp» betreute Initiative «Pro service public» will bundesnahe Unternehmen (Post, Swisscom und SBB) per Verfassung zu Bestleistungen ohne Gewinnstreben verpflichten und die Managergehälter auf der Höhe von Bundesratsentschädigungen festschreiben. Für den Bundesrat geht das alles gegen die unternehmerische Freiheit der «Bundesbetriebe» und würde den Service public schwächen sowie Steuererhöhungen provozieren. Gleichermassen in Richtung Leerlauf steuert die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» der Grünliberalen (GLP), die der Ständerat bereits ohne Gegenvorschlag zur Verwerfung empfahl. Welche Begeisterungsstürme drei Franken Energiesteuer pro Liter Treibstoff oder 33 Rappen mehr pro Kilowattstunde Strom (bei einem heutigen Preis von 25 Rappen) beim Stimmvolk auslösen dürften, ist eigentlich absehbar ...

Zu den Parlamentarischen Vorstössen, die Unterstützung verdienen, gehört der Vorschlag der FDP-Fraktion, die strafrechtliche Verfolgung des Verkaufs von Bankkundendaten im Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen so zu verschärfen, dass solche Verbrechen künftig mit «Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren und Busse mindestens in der Höhe des erlangten Vermögensvorteils» zu ahnden seien. So könnte die Schweiz nach einem Datendiebstahl Rechtshilfegesuche an ausländische Staaten stellen und internationale Haftbefehle gegen die Datendiebe erwirken.

Parolen zur Volksabstimmung vom 28. September 2014

SVP des Kantons Zürich

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN	
1. Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»	JA
2. Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» (Einheitskasse)	NEIN
KANTONALE VORLAGE	
1. Planungs- und Baugesetz (Änderung; Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum)	NEIN

ÖFFENTLICHER VORANSCHLAG 2015

Nicht vertretbares Ausgabenwachstum

Die SVP ist entsetzt, dass mit dem in der vergangenen Woche veröffentlichten Voranschlag 2015 die Bundesausgaben ein weiteres Mal um fast eine Milliarde Franken steigen sollen. Statt nun endlich sparsam mit den Steuergeldern umzugehen und eine Reduktion der Bundesausgaben (insbesondere der Personalkosten wie von der SVP im Rahmen ihres KAP-Rückweisungsantrags gefordert) in die Wege zu leiten, sollen gemäss Bundesrat die Ausgaben ein weiteres Mal erhöht werden. Die SVP wird dieses erneute Ausgabenwachstum im Rahmen der Budgetdebatte vehement bekämpfen.

Thomas Aeschi
Nationalrat SVP
Baar (ZG)

Betrachtet man die Ausgaben des Bundeshaushalts über die letzten 24 Jahre, so haben sich die Ausgaben von damals 31,6 Milliarden Franken (Stand 1990) auf knapp 64 Milliarden Franken im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Würden unsere Staatsausgaben mit dem gleichen Tempo weiterwachsen, wären wir in 10 Jahren bereits bei einem Budget unseres Bundeshaushalts von mehr als 100 Milliarden Franken.

Falsche Prioritätensetzung

Im Vergleich zum Voranschlag 2014 soll der Bereich «Beziehungen zum Ausland» mit 3,7 Prozent (von heute 3,569 Milliarden auf neu 3,701 Milliarden) am stärksten wachsen. Der Bundesrat begründet diese starke Erhöhung mit dem Beschluss des Parlaments, die Mittel für die Entwicklungshilfe per 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen.

Als einzige Partei hatte die SVP dieses Ziel im Rahmen der Behandlung der «Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2013–2016» abgelehnt. Die SVP ist der Überzeugung, dass im Hinblick auf anstehende Schlüsselprojekte wie die Unternehmenssteuerreform III oder die Abschaffung der Heiratsstrafe derzeit keine zusätzlichen Mittel für die Entwicklungshilfe gebunden werden sollten. Aus diesem Grund wird sie im Rahmen der diesjährigen Budgetdebatte beantragen, im Bereich «Beziehungen zum Ausland» keine Ausgabenerhöhung vorzunehmen und die Ausgaben auf 3569 Milliarden einzufrieren.

Auch in anderen Bereichen plant der Bund signifikante Mehrausgaben: +4,6 Prozent im Bereich «Übrige Aufgabengebiete» (insb. «Umweltschutz und Raumordnung» sowie «Wirtschaft»), +2,7 Prozent im Bereich «Soziale Wohlfahrt» und +2,2 Prozent im Bereich «Bildung und Forschung». Demgegenüber sollen in den Bereichen «Landesverteidigung» und «Landwirtschaft und Ernährung» die Ausgaben reduziert werden, in letztgenanntem Bereich um minus 3,6 Prozent oder 133 Millionen gar so stark wie in keinem anderen Bereich. Die SVP lehnt diese Prioritätensetzung entschieden ab, da die Bereiche «Landesverteidigung» und «Landwirtschaft und Ernährung» bereits in den letzten Jahren jeweils die grössten Einsparungen vornehmen mussten, während die Bereiche «Beziehungen zum Ausland», «Soziale Wohlfahrt» und «Umweltschutz und Raumordnung» ungebremst wachsen. Hier wird die SVP in der Finanzkommission folgende Anträge zur Korrektur dieser falschen Prioritätensetzung stellen: Keine Ausgabenreduktion bei der Armee und der Landwirtschaft, dafür ein weniger starkes Ausgabenwachstum in den anderen Ausgabengebieten. Schliesslich wird die SVP auch die massive Aufstockung (+75 neue Stellen bis 2018) der personellen Ressourcen im Bereich der internen und externen Steuerprüfung bei der ESTV bekämpfen.

Personalkosten endlich reduzieren

Die vom Bundesrat beantragten Sparmassnahmen im Umfang von 700 Millionen Franken befürwortet die SVP. Sie pocht jedoch darauf, dass die in der Zusatzbotschaft zum Bundesgesetz über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 vorgeschlagene Beschränkung der verbindlichen Ausgabenniveaus von Personalbezügen zu Lasten von Personalkrediten, wie von der SVP gefordert, auf maximal 3 Milliarden Franken festgesetzt wird. Nur durch eine effektive Reduktion der Personalkosten können die explodierenden Bundesausgaben im Eigenbereich nachhaltig gesenkt werden.

AUS DEM KANTONSRAT

Links-Grün will neuen Stromvertrag

Für die Sitzung des Kantonsrates von vergangenem Montag war keine einfache Kost angesagt. Verschiedene Gesetzesänderungen passierten den Rat.

Margreth Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Nachdem die BVK in eine private Organisation überführt wurde, brauchte es entsprechende Gesetzesanpassungen. Mit den Gesetzesänderungen würden kantonale Angestellte gegenüber solchen in der Privatwirtschaft stark bevorteilt, findet die SVP. Darum will die Fraktion die Vorlage zurückweisen. **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) begründet dies. Natürlich gab es keine Unterstützung von anderen Parteien. Man habe keine Zeit, weitere Grundsatzfragen zu diskutieren.

Die Linken und alle anderen wollen unter keinen Umständen einen Leistungsabbau. Die freisinnige Finanzdirektorin rechtfertigt die geforderte Änderung mit Gesetzesänderungen beim Bund. Mit der Verselbständigung der BVK wurde die «Entlassung altershalber» klarer geregelt. Bei den Leistungen habe sich aber nichts geändert. Eine Kommissionsminderheit aus FDP, SVP und BDP wollte das Verhältnis von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen ändern auf 50:50, am meisten verbreitet im Kanton ist allerdings das Verhältnis 60:40. (Der Kanton übernimmt 60 % der Spar- und Risikobeiträge, die Angestellten 40 %). Mit 94 zu 73 Stimmen wurde dieser Vorschlag leider abgelehnt.

Im Weiteren soll der Kanton 5/7 von allfälligen Sanierungsbeiträgen finanzieren, die vorhergenannte Minderheit stellte den Antrag, diesen 50:50 zu verteilen, mit 94:72 wurde auch dieser Antrag abgelehnt. Auch mit dem letzten Antrag kam keine bürgerliche Mehrheit zustande: Wird jemand versetzt, kann er oder sie einen längeren Arbeitsweg ins Feld führen, um dann allenfalls nicht versetzt zu werden.

Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals

Schwerpunkte sind hier das Case Management und Personendaten. Verschiedene Kreise arbeiten zusammen, um Invalide und Teilinvalide wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern.

Es geht darum, heikle Daten genügend zu schützen. Die SVP beantragt, den Begriff Personalmanagement durch den Begriff Personalleitung zu ersetzen und den Begriff Case Management durch Fallbegleitung. Die englischen Begriffe seien bestens eingeführt, zeigten sich der Kommissionspräsident und weitere Votanten überzeugt. Generell findet die SVP, dass diese ganze Gesetzesänderung nicht nötig sei. Das Sozialsystem werde damit nur weiter aufgebläht.

Im heutigen System bekommen Menschen mit bestehender und vorübergehender Leistungsfähigkeit genügend Unterstützung, dafür müsse keine neue Organisation gebildet werden. Der Nichteintretens-Antrag ging klar bachab mit 119:50 Stimmen. Hans-Peter Amrein erläuterte die feinen Unterschiede von Case Management und Fallbegleitung und die Verwendung von Anglizismen. Weiter wollten die Vertreter der SVP verschiedene Formulierungen klarer im Gesetz verankern.

Aufhebung der Pauschalbesteuerung im Steuergesetz

Die Änderung ist notwendig als Folge der Änderung auf Bundesebene, führte der WAK-Präsident **Hans Heinrich Raths** (SVP, Pfäffikon) aus. Artikel 13 im Steuergesetz wird nun ersatzlos gestrichen. Geregelt war darin die Pauschalsteuer für Natürliche Personen, welche nach erstmals oder nach mindestens 10 Jahren Landesabwesenheit steuerrechtlichen Wohnsitz nehmen und keine Erwerbstätigkeit ausüben. Für diese Personen gilt die Pauschalsteuer nicht mehr. Die Linken frohlockten: Seit der Annahme der linken Initiative sei nur die Hälfte der Betroffenen weggezogen, und die Gebliebenen bezahlten insgesamt mehr Steuern als vorher.

Erneuerung des NOK – Gründungsvertrages

Mit einer Parlamentarischen Initiative wollen die Grünen den NOK-Gründungsvertrag aus dem Jahr 1914 durch ein neues Gesetz ersetzen. Sie würden nicht darauf bestehen, den von ihnen vorgeschlagenen Text durchzuboxen, es gehe viel eher darum, darüber zu diskutieren. Es sei wichtig, dass sich die Akteure auf der ganzen Wertschöpfungskette des Strommarktes nicht gegenseitig kanibalisierten, sondern miteinander reden würden.

Die Axpo, die heutige NOK, soll nicht zum Spielball des Kantonsrates und grünliberaler Politiker werden, meinte **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti). «Der bestehende Vertrag ist aktuell, die Stromliberalisierung ist noch nicht in Stein gemeisselt, sowenig wie das Stromabkommen mit der EU. Der Verwaltungsrat der Axpo ist ausgewogen besetzt. Wir brauchen Versorgungssicherheit.»

Auch die FDP möchte den Gründungsvertrag überarbeiten, findet aber die Form einer PI der falsche Weg. Die Linken liebäugeln bereits mit einem innerkantonalen Konkordat. Andere Votanten finden, zuerst müsse eine Strategie definiert werden, bevor man ein neues Gesetz mache.

Die Axpo habe sich in den vergangenen Jahren vielen Veränderungen gestellt. Vor allem die Frist von 3 Jahren sei viel zu kurz, um etwas Nachhaltiges zu definieren, war zu hören. Für die Unterstützung stimmten 73 Linke, Grüne und Grünliberale, womit die Initiative überwiesen wurde.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag ...

- 😐 ... ein Postulat als erledigt abgeschrieben, welches verlangt, dass Gemeinden Steuerausscheidungen ab einem Steuerwert von 2000 Franken ohne Aufforderung der Empfängergemeinde melden müssen.
- 😐 ... verschiedene Änderungen im Personalgesetz in erster Lesung durchberaten. Die Änderungen sind aufgrund der Verselbständigung der kantonalen Pensionskasse BVK nötig geworden.
- ☹ ... die Verankerung des zentralen Personalmanagements und Lohnadministrationssystems sowie des Case Managements im Personalgesetz in erster Lesung durchberaten.
- 😐 ... die Änderung des Steuergesetzes in erster Lesung durchberaten. Die Änderung ist aufgrund bundesgesetzlicher Änderungen betreffend Pauschalbesteuerung nötig geworden.
- ☹ ... eine Parlamentarische Initiative zur Erneuerung des NOK-Gründungsvertrages vorläufig unterstützt.

1. September 2014

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Im Schnellzug nach Absurdistan

Hans-Peter Amrein
Kantonsrat SVP
Küsnacht

Nachdem die Beamtenversicherung des Kantons Zürich (BVK) aufgrund von Missmanagement, Korruption und Unterdeckung saniert werden musste und anschliessend mittels Überführung in eine privatrechtliche Stiftung verselbständigt wurde, musste ein Gesetz über die Nachführung des Personalrechtes der Versicherungskasse für das Staatspersonal erlassen werden. Die SVP Fraktion ist sehr wohl der Meinung, dass der Staat ein attraktiver Arbeitgeber sein und bleiben muss; doch die Vorlage entspricht einer gewerkschaftlichen Gesetzesnovelle. Dem Antrag der Regierung (5049a.) folgend, wird die geltende, massgebliche Bevorteilung der Arbeitnehmenden beim Kanton gegenüber der grossen Mehrheit der Mitarbeitenden in der Privatindustrie zementiert und weiter ausgebaut. Der Kanton wird künftig ***mindestens*** *drei Fünftel der Spar- und Risikobeiträge sowie der Kosten für einen Überbrückungszuschuss leisten, was einer Übervorteilung einer Mehrheit der Mitarbeitenden in der Privatindustrie in unserem Kanton und einem Hohn an den Steuerzahlenden gleich kommt. Noch absurder liest sich der Gesetzesparagraph, welcher vorschreibt, dass der Staat anlässlich einer zukünftigen Sanierung der BVK fünf Siebtel der allfälligen Sanierungsbeiträge übernehmen muss. Einzig der weltfremde Antrag in der Regierungsvorlage für einen Anspruch auf Abfindung bei Ablauf der Amtsdauer mit Verzicht auf Wiederwahl, konnte aus dem Gesetz gekippt werden.*

Ebenfalls legiferiert wurde über eine Revision des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (5069a.). Und einzig die SVP-Fraktion stimmte gegen diese gänzlich überflüssige Revision. Die Regierungsvorlage, mit gesamthaft 109 Anglizismen (82mal Case-Management, 27mal Personalmanagement und Adjektiven wie möglicherweise und voraussichtlich), entspricht 5.Liga-Niveau. Hinter der Gesetzesrevision steckt das Ansinnen, die Berater- und Sozialindustrie mit noch mehr neuen Gesetzesartikeln noch weiter, unnötigerweise, zu fördern, auszubauen und zu subventionieren, was die SVP Fraktion kategorisch ablehnte. Mit dem Case Management wird ein massgeblicher Kostentreiber gesetzlich verankert. Die geltende Praxis bei den Fallbegleitungen von Angestellten des Staates, welche wegen Krankheit oder Unfall über längere Zeit vermindert leistungsfähig oder teilweise länger oder ganz arbeitsunfähig sind, funktioniert. Mit der Festschreibung des Terminus «Case Management» im Gesetz sind Sinn und Zweck der darausfolgenden regierungsrätlichen Verordnung vorgespurt: in der kantonalen Verwaltung wird es wohl keine effiziente und kostenbewusste Fallbegleitungen mehr geben, sondern die Beraterindustrie wird mit Aufträgen zugedeckt werden. Eine kostentreibende, generelle Auslagerung der Fallbegleitungen an Dritte lehnte die SVP-Fraktion explizit ab, hat sich doch der Status quo sehr wohl bewährt.

Die Kultur von Absurdistan

Im das Gesetz über die Nachführung des Personalrechts ist ein Passus eingebaut, welcher stipuliert, dass die Versetzung eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin nur noch zumutbar ist, wenn ein längerer Arbeitsweg aufgrund der persönlichen Verhältnisse der oder des Angestellten vertretbar ist. Der Kanton Zürich verfügt mit dem ZVV über das wohl beste öffentliche Verkehrsnetz der Schweiz und in ganz Europa. Im Vergleich zum Ausland handelt es sich generell bei den Arbeitswegen im Kanton um sehr geringe Distanzen. Es ist auch den Staatsangestellten deshalb sehr wohl zuzumuten, nach einer etwaigen Versetzung einen längeren Arbeitsweg in Kauf zu nehmen. Im Weiteren öffnet der Terminus «ein längerer Arbeitsweg» Tür und Tor für Rechtshändel. Es scheint, dass bei der Formulierung dieses Gesetzesartikels ein Interessenvertreter der Gewerkschaft der Prozessierenden federführend war.

Vor acht Jahren trat die bürgerliche Mehrheit des Regierungsrates unter dem Motto «4-gewinnt» an. Beide Vorlagen – notabene aus der Feder einer FDP-Regierungsrätin – entsprechen in grossen Teilen gewerkschaftlichem Denken und Handeln. Dass die sich bürgerlich schimpfende Mehrheit in der Regierung offensichtlich nicht einig war (oder war sie es etwa doch?), zeugt vom leider in vielen Exekutiven unseres Landes vorgelebten Credo «Es ist wichtiger, was wir tun als was wir sagen». Dem Bürger wird vor den Wahlen der Honig durch den Mund gezogen, die Wahlversprechen sind aber vielmals leer!

Wahlen 2015 – Linksmehrheit im Kantonsrat muss gebrochen werden

Die Mehrheit der Fraktionen von CVP und EVP, sowie Teile der Fraktionen der GLP und der BDP, haben sich vom Grundsatz bürgerlichen Denkens und Handelns verabschiedet. Dies führt regelmässig zu linken Ratsmehrheiten. Ein Beispiel, neben den hier erwähnten beiden Gesetzen, ist die – wenn auch nur knappe – Unterstützung des eigentumsfeindlichen Gegenvorschlags zur inzwischen zurückgezogenen, sozialistischen Initiative betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes. Am 28. September kommt es nun aufgrund des Kantonsrats-Referendums von SVP, FDP, EDU und aus der BDP zu einer Volksabstimmung zu diesem eigentumsfeindlichen Gegenvorschlag. Anlässlich der Kantonsratswahlen vom 12. April 2015 muss es gelingen, die Mehrheiten im Kantonsrat wieder auf bürgerlichen Kurs zu spuren.

Fortsetzung von Seite 1

Die dicke Rechnung für den Steuerzahler

So kommt es, dass in Biel, der schweizerischen Hochburg für Sozialhilfeempfänger, mittlerweile 80 Prozent der Steuereinnahmen für Soziales draufgehen.

Aber auch die Zürcher Kommunen werden immer massiver in ihrer finanziellen Freiheit eingeschränkt. In diesem Sinne sehen sich beispielsweise die Gemeinde Embrach genötigt, 50,7 Prozent ihrer Netto-Einnahmen für «Soziales» auszugeben, die Gemeinde Höri 45 Prozent, die Stadt Wädenswil 52 Prozent, oder Wetzikon 53,4 Prozent, das allerdings alles ohne Einbezug der Ausgaben für das kommunale Schulwesen.

Wen verwundert da, dass Gemeinden an die Vermieter appellieren, nicht mit noch mehr Sozialhilfebezügern Mietverträge einzugehen; befindet sich unter den Zuzügern ein kostenintensiver Fall, bleibt bloss die Möglichkeit, den kommunalen Steuerfuss nach oben anzupassen.

Selbstverständlich belasten auch Schweizer, die ohne Ausbildung dastehen, mit ihrem gesamten Leben überfordert und nicht Herr ihres eigenen Schicksals sind, mit all ihren Defiziten die kommunalen Sozialkassen.

Auch die Kinder all jener, die als Eltern keine Verantwortung übernehmen und die ihre Kinder um die Chance bringen, ein selbstverantwortliches, gesellschaftlich anerkanntes Leben zu führen, werden in Heimen untergebracht oder müssen sozialpädagogische Erziehungshilfen in Anspruch nehmen. Die grossen Unterschiede sind jedoch die Häufigkeit und die Intensität: Die mangelnde Verwurzelung mit all ihren Folgen benötigen stärkere und längere Anstrengungen der Sozialarbeiter, was sich in weitaus höheren Unkosten niederschlägt.

Und so steigen die Ausgaben für die soziale Umverteilung überproportional an.

Die Investition in die Einwanderer, insbesondere in deren Jugend und in Personen aus dem Asylbereich, setzt damit einen Integrationsmechanismus in Gang, sodass später unmöglich das Duldungsrecht entzogen werden kann; die teure finanzielle Anlage in ein einziges Kind soll nicht umsonst gewesen sein und eine Abschiebung würde die Betroffenen aus der Verwurzelung reissen.

Ob sich diese Investitionen irgendwann bezahlt machen, steht in den Sternen; schon 1786 stellte der Engländer Joseph Townsend, ein Kritiker der unter Königin Elisabeth I erlassenen «poor law» fest, «dass Armut und Not im selben Mass zunehmen wie Anstrengungen, den Armen grosszügige Unterstützung zu gewähren».

INSERAT

GEWÄSSERRAUMAUSSCHEIDUNG IN SIEDLUNGSGEBIETEN

Augenschein in der Pilotgemeinde Marthalen

Das Umsetzen des kantonalen Gewässerschutzgesetzes im Siedlungsraum ist schwierig. Deshalb hat jetzt der Kanton Zürich ein Pilotprojekt in vier Gemeinden gestartet, wie der entsprechende Gewässerraum festgelegt werden könnte. Die Gemeinde Marthalen ist eine der Pilotgemeinden.

RoMü. Durch Marthalen führen zwei Bäche. So fliesst vom Norden her der Abistbach und von Osten der Mederbach durchs Dorf und vereinen sich unterhalb zu einem Bach. Diese sind nun Bestandteil eines umfassenden Pilotprojektes. Gemäss dem neuen Gewässerschutzgesetz des Bundes müssen die Kantone bis Ende 2018 auch im Siedlungsgebiet den Gewässerraum festlegen. In dieses umfangreiche Umsetzungsprogramm sind viele Interessengruppen involviert. Deshalb setzt der Kanton Zürich vorerst auf die Zusammenarbeit mit vier Pilotgemeinden. Marthalen ist nebst Turbenthal, Uster und Dietikon eine davon. Das ländlich geprägte Marthalen verfügt mit den zahlreichen gut erhaltenen Riegelbauten und traditionellen Pflanzgärten entlang des Abistbaches über eines der schönsten Ortsbilder. Bisher konnten die Bachufer auf beiden Seiten grösstenteils von Bebauungen freigehalten werden. Einzig bei einigen realisierten Bauten handelt es sich um solche, welche, wie die Mühle, die Wasserkraft nutzten und denkmalgeschützte Bauten sind.

Ziele definiert

Für Marthalen sind die Themenschwerpunkte und Projektziele klar definiert worden. Das ist zum Einen der Umgang mit den bis an die Ufermauern reichenden und zum historischen Ortsbild gehörenden Nutzungen, welche in den Bereich des Gewässerraums zu liegen kommen. Zum Anderen müssen die Vorgaben der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) umgesetzt werden. Diese gibt vor, dass in einem drei Meter breiten Pufferstreifen entlang von Gewässern weder Dünger noch Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden dürfen. Jedenfalls ist man im Projekt Marthalen bestrebt, die Gartenkultur entlang des Abistbaches zu erhalten und allenfalls auch zu ergänzen. Zudem ist eine offene und transparente Gestaltung des Raums entlang der Gewässer erwünscht und die Blocksteinmauern innerhalb der Kernzone sind beizubehalten.

Vielerorts grenzt der Abistbach in Marthalen direkt an die schmucken, gepflegten Blumen- und Gemüsegärten.

9 Kernthemen erarbeitet

Aus den Workshops mit den vier Pilotgemeinden und aus den Diskussionen in der Fachberatung sind 9 Kernthemen erarbeitet worden, welche bei der Gestaltung der Gewässerräume im Siedlungsgebiet massgebend sein sollen. So ist bei der Festlegung eine ortsspezifische Gesamtschau vorzunehmen, wobei der Gewässerraum an allen offenen Gewässern auszuscheiden ist. Um allenfalls die Voraussetzung zur Verringerung des Gewässerraums in dicht besiedelten Gebieten zu erfüllen, muss der Nachweis der Hochwassersicherheit erbracht werden. Zugleich sind im dicht überbauten Bereich Ortsbild, ökologische Vernetzung, Erholungsfunktion und Zugänglichkeit für den Gewässerunterhalt zu berücksichtigen. Grundsätzlich soll es ausnahmsweise möglich sein, den Gewässerraum asymmetrisch auszuscheiden. Neue Bauten und Anlagen im Gewässerraum sind nur noch möglich, wenn diese öffentlich und standortgebunden sind oder aufgrund der historischen Entwicklung einen Bezug zum Gewässer aufweisen. Zudem wird empfohlen, auch bei den eingedolten öffentlichen Gewässern einen Gewässerraum festzulegen. Grundsätzlich sind innerhalb des Gewässerraums nur noch extensive Nutzungen erlaubt.

Mit Umsetzung beginnen

Jetzt geht es in einem zweiten Schritt ans konkrete Umsetzen. Das zuständige Amt für Wasserbau, Energie und Luft (AWEL) hat den Gemeinderat Marthalen eingeladen, mit der Umsetzung zu beginnen. In der jetzt laufenden Phase «Zwei» soll der Gewässerraum in der Gemeinde Marthalen durch die örtlich zuständige Behörde festgelegt und entsprechend ausgeschieden werden. «Wir halten uns dabei an die erarbeiteten Eckpunkte zur Ausscheidung des Gewässerraums. Wir haben dabei klar die Absicht, uns an die im Projekt festgelegten Ziele und Eckpunkte zu halten», erklärt Gemeindeschreiber Beat Metzger.

FRAKTIONSAUSFLUG DER SVP DIETIKON

In Richtung Herz der Schweiz

Ende August trafen sich bereits frühmorgens zahlreiche Fraktions- und Vorstandsmitglieder auf dem Zelgliplatz für den alljährlich durchgeführten Fraktionsausflug.

Daniela Howald
Vorstand
SVP Dietikon

Organisiert wurde er dieses Jahr durch die neu gewählte Gemeinderätin Karin Dopler. Ein Oldtimer-Cabrio-Bus brachte uns nach Luzern zum Schiffssteg, wo wir den ältesten noch aktiven Schaufelraddampfer bestiegen und mit diesem bis zur Haltestelle Treib fuhren.

Dort erhielten wir viele ortsspezifische, geschichtliche Informationen und fuhren anschliessend mit der elektrischen Standseilbahn nach Seelisberg, wo wir ein ausgiebiges Mittagessen mit bester Aussicht auf den Vierwaldstättersee geniessen konnten.

Anschliessend machten wir uns zu Fuss in Richtung «Herz der Zentralschweiz», dem Rütli, auf. Nach einem kleinen Imbiss und der Rückfahrt mit dem Schiff nach Brunnen, durften wir die Kirschbrennerei Dettling besuchen. Auf der Rückfahrt Richtung Dietikon konnten wir auf der Überlandfahrt sogar das Cabrio-Feeling geniessen! Es war ein wunderschöner, nostalgischer Tag, der uns allen noch lange in bester Erinnerung bleiben wird.

Die Fraktions- und Vorstandsmitglieder der SVP Dietikon vor dem Oldtimer-Cabrio-Bus.

LESERBRIEF

Was ist besser für KVG-Versicherte?

Befürworter und Gegner einer staatlichen Einheitskrankenkasse liegen sich im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 28. September massiv in den Haaren. Das war bereits bei der parlamentarischen Beratung so, wo sich in der Schlussabstimmung rund 70 Prozent Nein und 30 Prozent Ja gegenüber standen.

Es war eine klassische Kluft zwischen Linken und Bürgerlichen bzw. zwischen Sozialismus und freier Marktwirtschaft. Nun liegt der Ball beim Souverän. Für mich als Gegner der Volksinitiative stand ganz klar die Frage im Vordergrund, was ist besser für das Schweizervolk, das sich bekanntlich obligatorisch zu versichern hat? Es ist aus meiner Sicht die Höhe der Versicherungsprämie. Was also ist auf Dauer besser, ein staatlich-bürokratisches Monopol oder freier Wettbewerb unter den Versicherungsanbietern? Vor 25 Jahren ging die DDR unter. Sie ging unter, weil sich sozialistische Planwirtschaft der freien Marktwirtschaft gegenüber ganz klar als unterlegen erwies.

So ist es auch im Gesundheitswesen, in der Schweiz wie anderswo. Deshalb Nein zu solch riskanten Manövern!

Maximilian Reimann,
Nationalrat SVP, Gipf-Oberfrick

SVP BEZIRK HINWIL

Erfolgreicher Stand an der Zürcher Oberland Messe

An der diesjährigen Zürcher Oberland Messe (ZOM) vom 28.8 bis 31.8 in Wetzikon war die SVP Bezirk Hinwil wie schon in den vergangenen Jahren mit einem Stand vertreten. Während der Messe konnte die Bezirkspartei 1121 Unterschriften für die Anti-Stau Initiative und 1790 Unterschriften für die «No Billag» Initiative sammeln.

Daniel Wäfler
Vorstandsmitglied
SVP Bezirk Hinwil

Als Standbetreuer fungierten nicht nur SVP Mitglieder aus dem Bezirk Hinwil, sondern auch Nationalräte und Kantonsräte aus dem ganzen Kantonsgebiet. Mit Regierungsrat Markus Kägi war zudem ein Regierungsvertreter für die ZOM Besucher da und konnte sich deren Fragen und Sorgen direkt annehmen. Mit der Unterschriftensammlung zur Anti-Stau Initiative traf man sicherlich auf ein Kernanliegen breiter Bevölkerungskreise und von vielen wurde der Wunsch geäussert «endlich diese Oberlandautobahn zu bauen». Wenn die Initiative auch nicht im direkten Zusammenhang mit der Oberlandautobahn steht, so unterschrieben viele Messebesucher die Anti-Stau Initiative sicherlich mit dieser Absicht.

Da die ZOM auch von vielen ausserhalb des Kantons Zürich wohnhaften Besuchern frequentiert wird, war die eidgenössische «No Billag» Initiative der Jungen SVP eine dankbare Ergänzung zur kantonalen Anti-Stau Initiative. Manche Besucher machten sich direkt auf den Weg zum SVP Stand um für die Abschaffung der Billig-Gebühren zu unterschreiben. Seit der Ausschaffungs-Initiative ging das Unterschriftensammeln nicht mehr so leicht und die Bürgerinnen und Bürger haben ihrerseits offenbar noch einige Rechnungen mit der Billag offen. So kamen für die «No Billag» Initiative 1790 Unterschriften zusammen. Die SVP Bezirk Hinwil zieht eine positive Bilanz zur Messepräsenz und bedankt sich an dieser Stelle nochmals bei ihren Standbetreuern für den grossen Einsatz.

Der Stand der SVP an der ZOM war gut besucht. Hier sammeln Ruth Frei und ihr Kantonsratskollege Hans-Heinrich Heusser fleissig Unterschriften.

Wenn Liebe einen Weg zum Himmel fände
und Erinnerungen Stufen wären,
würden wir hinaufsteigen
und Dich zurückholen.

Seuzach, 2. September 2014

Traueradresse:
Familie Moos
Heimensteinstrasse 8D
8472 Seuzach

Abschied und Dank

Wir nehmen traurig Abschied von unserem fröhlichen Gemeindepräsidenten, treuen Mitglied, und herzensguten Freund. Unfassbar für uns alle wurde er inmitten seiner vielen Aktivitäten aus dem Leben gerissen.

Christian Moos

24. 10. 1960 – 28. 8. 2014

Wir werden versuchen, seine Art und seine Güte in der Gemeinde weiterleben zu lassen. Für uns war er immer ein Vorbild von Ausgewogenheit, Klarheit und Freundlichkeit.

Seinen Angehörigen entbieten wir unsere herzliche Anteilnahme.

SVP
Seuzach-Ohringen

In tiefer Trauer:

Die Behördenmitglieder,
Der Vorstand und
die Mitglieder

Die Trauerfeier und Bestattung finden am Freitag, 5. September 2014, um 14.00 Uhr in der reformierten Kirche von Seuzach statt.

ABSTIMMUNGSVORLAGE VOM 28. SEPTEMBER – EINE REVISION DES PLANUNGS- UND BAUGESETZES WILL BAUHERREN EINEN MINDESTANTEIL AN PREISGÜNSTIGEM WOHNRAUM VORSCHREIBEN

Keine «Genfer Verhältnisse» im Kanton Zürich

Ende September stimmt die Bevölkerung des Kantons Zürich über eine wichtige Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) ab. Die Vorlage will den Bauherren zu einem Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum verpflichten. Wird sie angenommen, kommt es zu einem massiven Eingriff in die Eigentumsfreiheit. Die Gemeinden können dann bei Zonenänderungen jedem bauwilligen Grundstücksbesitzer vorschreiben, welche Art von Wohnungen er auf seinem Bauland zu erstellen hat und vor allem zu welchem Preis er diese vermieten darf.

Hans Egloff
Nationalrat SVP
Präsident HEV Kt. Zürich

Als warnendes Beispiel für übermässige staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt dient der Kanton Genf. Dort herrscht eine ernsthafte Wohnungsknappheit, besonders für Mietobjekte mit moderaten Mietzinsen. Das Angebot kann mit der dynamischen Nachfrage schlicht nicht mithalten.

Mindestanteil an Sozialwohnungen

Einer der Hauptgründe für diese negative Entwicklung ist der extrem stark regulierte Wohnungsmarkt. Dazu existiert mit den sogenannten «zones de développement» ein Genfer Unikat, bei welchem der Kanton maximal zulässige Bodenpreise und Mietrenditen vorschreibt. In diesen «Entwicklungszonen» müssen laut Genfer Gesetz neue Liegenschaften einen Mindestanteil an Sozialwohnungen enthalten. Diese rigiden Vorgaben komplizieren die Planung und Bewilligung von neuen Wohnprojekten und machen Bauvorhaben noch unattraktiver. Investoren werden abgeschreckt, unter diesen Umständen neue Bauprojekte zu lancieren. Dadurch hemmt diese Regulierung wichtige Investitionen in den Wohnungsbau. Das Resultat davon: in keiner anderen Schweizer Stadt werden unter dem Strich so wenig Wohnungen gebaut wie in Genf.

Mietpreise mehr als verdoppelt

Doch damit nicht genug – diese rigiden Vorgaben in den «Entwicklungszonen» haben noch weiterreichende Folgen, denn sie wirken auch negativ auf den freien Wohnungsmarkt. Dort führt der Nachfrageüberhang zu massiven Preisanstiegen. So sind die Mietpreise in Genf zwischen den Jahren 2000 und 2013 um über 120 Prozent gestiegen. Leidtragende dieser Fehlentwicklungen sind oftmals Familien und Studierende.

Dadurch kann der Kanton Genf auch der übrigen Schweiz als Beispiel dienen, um zu verhindern, dass regulatorische Eingriffe in den Immobilienmarkt längerfristig ihre Ziele verfehlen.

Der «gläserne»Genossenschafter

Derweil haben sich auch aktive und ehemalige Wohngenossenschafter gegen die Änderung des Planungs- und Baugesetzes zusammengeschlossen, denn sie wären selbst negativ davon tangiert. Somit beträfe der Gegenvorschlag auch die liberalen bzw. die freien Baugenossenschaften, also ausgerechnet diejenigen, die bis jetzt eigenverantwortlich günstigen Wohnraum zur Verfügung gestellt haben. Denn auch sie werden ihre Mietzinse und ihre Belegungen staatlich bewilligen und kontrollieren lassen müssen. Die Folge davon ist: der Staat mischt sich noch mehr in private Angelegenheiten ein, und das Resultat ist der «gläserne» Genossenschafter. Dadurch werden die Baugenossenschaften zu staatlichen Vollzugsanstalten degradiert und ihrer Gestaltungsfreiheit beraubt. Und weil der Staat für seine Leistungen – wie bisher immer – neue Gebühren einführt, wird es auch bei den gemeinnützigen Bauträgern mit grosser Wahrscheinlichkeit zu einem Mietzinsanstieg kommen.

Darüber wird abgestimmt
«Führen Zonenänderungen, Sonderbauvorschriften oder Gestaltungspläne zu erhöhten Ausnützungsmöglichkeiten, kann für ganze Zonen, gebietsweise oder für einzelne Geschosse, die ganz oder teilweise für Wohnzwecke bestimmt sind, ein Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum festgelegt werden. Die höchstzulässigen Mietzinse für preisgünstigen Wohnraum orientieren sich an den Investitionskosten, den laufenden Kosten, den Rückstellungen für Erneuerung, den Abschreibungen und einer angemessenen Rendite. Die Mietzinse sind dauerhaft zu sichern. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in der Verordnung. Die Gemeinden erlassen Bestimmungen zur angemessenen Belegung der Wohnräume.»

AUS MIETERSICHT

PBG – Aus den Pfeifen trillert ein ewiggestriges Lied

Es kocht und dampft in der Giftküche der SP. Auf der sozialistischen Speisekarte steht zurzeit nicht nur die prämientreibende Einheitskasse, sondern auch die ebenso brandgefärliche «Mietverteuerungs-Initiative».

Samuel Balsiger
Mieter und
Gemeinderat SVP
Zürich

Selbstverständlich nannten die Roten ihr Begehren werbetechnisch geschickter. Der ursprünglich positiv klingende und wohl bewusst irreführende Name der Initiative: «Für mehr bezahlbaren Wohnraum». Da der Kantonsrat einen Gegenvorschlag ausarbeitete, stimmen wir nun am 28. September über die Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) ab. Dass die SP jedoch ihre Initiative zu Gunsten des Gegenvorschlags zurückzog, zeigt, dass sich inhaltlich nicht viel geändert hat. Es geht den Sozialisten keinesfalls um die Wohnungsnot, welche die Masseneinwanderung nicht nur in grösseren Schweizer Städten verursacht. Die SP tut zwar offiziell so, als wolle sie diese Einwanderungsproblematik angehen. Doch in Wahrheit ist es ein ideologischer Angriff auf die verfassungsmässig garantierten Eigentumsrechte. Privater Besitz steht der Verwirklichung der sozialistischen Utopie im Weg.

Angriff auf unsere Freiheit

Bei einer Annahme der PBG-Vorlage soll zukünftig Bauwilligen bei Um- und Aufzonungen vorgeschrieben werden können, welche Art von Wohnungen sie auf ihrem Privatland erstellen und zu welchem Preis sie diese vermieten müssen. Wir laufen Gefahr in ein Staatsverständnis abzudriften, in dem der Behördenapparat jeden Bereich der Menschen kontrolliert und streng überwacht. Die Linken greifen unsere Freiheit frontal an. Das Ziel ist der Umbau der Gesellschaft. Koste es, was es wolle.

Die roten Rattenfänger

Auf den ersten Blick kann ein politisches Begehren, das im ursprünglichen Titel versprach, für günstigen Wohnraum zu sorgen, für uns Mieter verlockend erscheinen. Die linken Rattenfänger trillern also wieder laut auf ihren Pfeifen. Dass die Leidtragenden eines solch radikalen Experiments die Bürgerinnen und Bürger sind, zeigt das mahnende Beispiel «Stadt Genf». Dort erlag nach ähnlichen Staatseingriffen die Bautätigkeit. Die Folgen: Die Wohnungsnot spitzte sich massiv zu und die Mietpreise explodierten gänzlich. Der Mittelstand muss wieder einmal für die linke Ideologie blechen und Lebensqualität aufgeben.

Hoher Mietzins – Ursache und Lösung

Ohne noch mehr Staat, ohne Eingriffe in die verfassungsmässig garantierten Eigentumsrechte und ohne neue bürokratische Vorschriften sind preiswerte Behausungen möglich. Will die Schweiz die ausbreitende Wohnungsnot stoppen, (so belegen verschiedene Studien unter anderem vom Bundesamt für Wohnungswesen), dann gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Masseneinwanderung stoppen: Der zügellosen Nachfrage nach Land, Beton und Wohnraum massvoll Einhalt gebieten. Eine Überhitzung ist auch für die Bauunternehmen sehr gefährlich.
2. Verdichtet Bauen: Kleinere Wohnungen mit einfacherem Standard dafür günstiger. Dies würde jedoch bedeuten, dass wieder der Mittelstand durch eine weitere Aufgabe von Lebensqualität die negativen Folgen der Masseneinwanderung zu tragen hätte.

Sobald sich jedoch der Staat mit zig Milliarden Steuerfranken und überbordender Bürokratie innenpolitisch in den Wohnungsmarkt einmischt, kommt es zu Ungerechtigkeiten und schädlichen Wettbewerbsverzerrungen.

Und die logische Schlussfolgerung, dass staatliche Aktivitäten immer irgendjemand bezahlen muss, dürfte höchstens dem stursten Ideologen nicht logisch erscheinen.

Handeln wir also überdacht und schickten die ewiggestrigen Rezepte wieder in die Giftküche der SP zurück.

NEIN zur Mietverteurung! NEIN zur schädlichen Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG)!

MIETERVEREINIGUNG «MIETVERTEUERUNG NEIN»

Die PBG-Änderung schadet den Mieterinnen und Mietern!

Weniger und teurere Wohnungen – das sind die Folgen der Änderung des Planungs- und Baugesetzes, über die im Kanton Zürich am kommenden 28. September abgestimmt wird. Dagegen wehrt sich die Mietervereinigung «Mietverteuerung Nein».

ZB. Mit der PBG-Änderung kann zukünftigen Investoren bei Um- und Aufzonungen vorgeschrieben werden, welche Art von Wohnungen sie auf ihrem Bauland zu bauen haben und zu welchem Preis sie diese vermieten dürfen!

Tatsache ist: Bauinvestoren werden abgeschreckt, Wohnungen zu bauen, weil sie keine Rendite mehr erzielen werden. Oder sie werden die Miete nicht betroffener Wohnungen so erhöhen, um dennoch die angestrebte Rendite zu erzielen. Beides führt zu weniger Wohnungen und/oder höheren Mieten, die alle Mieter betreffen. Zudem entsteht so eine «Zweiklassen-Mietergesellschaft», erklärte Anita Borer, SVP-Kantonsrätin und Mieterin in Uster.

Am Beispiel «Genf» erklärte Severin Pflüger, FDP-Gemeinderat, Familienvater und Mieter in der Stadt Zürich, wohin staatliche Belegungsvorschriften, wie sie in der PBG-Änderung vorgesehen sind, führen: Der Wohnungsmarkt kommt zum Erliegen. Es wird weder gebaut noch renoviert, da die staatlichen Vorschriften jeden privaten Investor abschrecken. Leidtragende: Die Mieterinnen und Mieter.Dass günstiges Wohnen auch ohne staatliche Eingriffe, Vorschriften und Subventionen möglich ist, zeigte Samuel Balsiger, SVP-Gemeinderat und Mieter in der Stadt Zürich, anhand von verschiedenen Studien und konkreten Mietvergleichen auf. «Der Staat», so Balsiger, «muss sich aus dem Wohnungsmarkt heraushalten, da jeder staatliche Eingriff zu Missbrauch und Marktverzerrungen führt.»

Darum empfiehlt die Mietervereinigung allen Mieterinnen und Mietern am 28. September NEIN zur PBG-Änderung zu stimmen. Mehr Infos und **www.mietverteuerung-nein.ch**

Gemeindepräsidenten sagen Nein zum PBG-Eigengoal!

Bruno Walliser
Gemeindepräsident Volketswil

- Die Vorlage führt zu einer Mehrbelastung für die Gemeinden
- Die Gemeinden müssen neu eine Mietzinskontrolle durchführen
- Von den Gemeinden müssen Belegungsvorschriften erlassen werden
- Die Gemeinden werden die Belegung vor Ort kontrollieren und bei Unterbelegung den Vollzug anordnen müssen
- Das führt zu mehr Aufwand und Kosten, welche die Steuerzahler der ganzen Gemeinde zahlen müssen

Martin Arnold
Gemeindepräsident Oberrieden

- Der Erlass aufwendiger Belegungsvorschriften (u. a. Einkommen, Vermögen, Belegungszahl), die vor Ort durchgeführt werden müssen, führt zu einem durchleuchteten, zu einem «gläsernen» Mieter
- Entstehung von Rechtsunsicherheit: Im Maximalfall haben wir im Kanton Zürich am Ende 170 verschiedene Belegungsvorschriften
- Es gibt bereits sinnvolle Mittel, um günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, die Vorlage ist überflüssig.

Fadegrad

von
Roland Scheck

Internetzensur

Im vergangenen Sommerloch hat sich einmal mehr meine Lieblingsgralshüterin des Guten zu Wort gemeldet. Martine Brunschwig Graf, ihres Zeichens Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR). Die ehemalige FDP-Nationalrätin ist uns im letztjährigen Sommerloch schon aufgefallen, als sie verkündete, dass sie ein Papier über angeblich rassistische Äusserungen von Volksvertretern erstellen lasse. Im Fokus stehen – wie könnte es auch anderes sein - SVP-Politiker. Bei allem gutmenschlichen Anspruch: Wer Listen über Menschen führt, deren Meinung einem nicht genehm ist, betreibt in Tat und Wahrheit eine Gesinnungsfichierung (vgl. «Der Zürcher Bote» vom 25.10.2013).

Mit der Meinungsfreiheit scheint sich Frau Brunschwig Graf allgemein etwas schwer zu tun. Nun fordert sie eine weitere Massnahme zu deren Einschränkung und sagt den Sozialen Medien wie Facebook den Kampf an. Nach Einschätzung von Frau Brunschwig Graf gäbe es eine Zunahme an rassistischen und antisemitischen Kommentaren auf Facebook und in Online-Kommentaren. «Wir haben einen Punkt erreicht, wo die Behörden aktiv werden müssen», konstatiert sie und droht, dass es inskünftig mehr Strafanzeigen geben würde. «Wir müssen dafür sorgen, dass Anzeigen auch etwas bewirken».

Immerhin scheint man in der EKR-Zentrale gemerkt zu haben, dass sich das World Wide Web nicht automatisch nach den Moralvorstellungen einer Frau Brunschwig Graf richtet. Deshalb verlangt sie vom Bund, dass er das Gespräch mit Facebook suchen soll, damit die Plattform schneller auf verbale Entgleisungen reagiert. Ziemlich unrealistisch. Doch wenn man sich den Schwank vorstellt, wie Bundesrätin Sommaruga den Facebook-Gründer Mark Zuckerberg in ihr Büro zitiert, hat dies durchaus Potential zum Schenkelklopfer des Jahres. Und wenn Facebook einmal diszipliniert ist, geht die Arbeit gleich weiter. Allein die 21 grössten sozialen Netzwerke haben insgesamt über 5.7 Milliarden Nutzer.

Nach der Gesinnungsfichierung die Internetzensur. «Je suis libérale!» proklamiert Frau Brunschwig Graf auf ihrer Website. Hierbei reizt sie die Freiheiten des Internets ebenfalls gehörig aus, denn wer Andersdenkende mit Fichen und Zensur bekämpfen will, sollte sich mit solchen Plattitüden etwas zurücknehmen. Niemand befürwortet verbale Entgleisungen. Aber alle Symptome haben eine Ursache. Anstatt Facebook Anweisungen zum Betrieb der Plattform zu geben, wäre es wahrscheinlich zielführender, wenn die EKR den Bundesrat auffordern würde, vermehrt auf die Stimmen und Sorgen der Bevölkerung zu hören und Volksabstimmungen zu respektieren.

«Je suis libérale!». Und immer schön bei der Wahrheit bleiben, Frau Brunschwig Graf. Bis zum nächsten Sommerloch.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Genf als Vorbild?

Wer in Zürich eine preisgünstige Wohnung sucht, hat es schwer. Die Abstimmungsempfehlung des Gemeinderats geht aber in die falsche Richtung, denn statt das Problem zu lösen, schafft sie neue.

Stefan Urech
Gemeinderat SVP
Zürich 4/5

Für die Linken im Zürcher Gemeinderat hat die in der Bundesverfassung verankerte Eigentumsgarantie keinen grossen Wert. Hausbesetzer werden geduldet und auch nach erwiesenen Sachbeschädigungen von der Polizei mit Samthandschuhen angefasst. Von den Chaoten, die im Kreis 7, in der Binz und kürzlich im Labitzke Areal während Wochen fremdes Eigentum besetzten, sind nur wenige verhaftet und praktisch nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Die Randalierer, die am diesjährigen 1. Mai einen Sachschaden an privatem Eigentum von über 150 000 Franken angerichtet haben, sind der Zürcher Polit-Elite kein grosser Dorn im Auge. Als unser Fraktionspräsident Mauro Tuena die alljährlich am 1. Mai wiederkehrenden Schäden an privatem Gut kritisierte, erntete er von den gegenüber sitzenden Gemeinderäten nur hämisches Gelächter.

An diesem Mittwoch hat der Zürcher Gemeinderat abermals seine eigentumsfeindliche Haltung unter Beweis gestellt, diesmal im Zusammenhang mit der Bau- und Wohnpolitik. Es ging um eine Abstimmungsempfehlung zur kantonalen Vorlage «Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum» vom 28. September 2014. Solche Abstimmungsempfehlungen zu nicht städtischen Vorlagen sind äusserst unüblich. Trotzdem erzwang die linke Ratsmehrheit eine Diskussion darüber und empfiehlt nun dem Stimmbürger, diese Vorlage anzunehmen. Leider hat vorgängig auch eine äusserst knappe Mehrheit des Kantonsrats (88:84) diesbezüglich die Ja-Parole herausgegeben.

Kontraproduktiv

Das Ziel dieser kantonalen Vorlage ist die Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Zu diesem Zweck soll die Gemeinde zukünftig den Eigentümern bzw. interessierten Bauherren nach Umzonungen für einen Teil ihrer Liegenschaft einen maximalen Mietzins vorschreiben können. Das sieht vordergründig nach einer willkommenen Hilfestellung für jeden Wohnungssuchenden aus. Die Problematik, dass die Mieten in den Städten immer höher und für den Mittelstand teils unbezahlbar geworden sind, haben auch die bürgerlichen Parteien erkannt. Der Wohnungsbau kann in den Städten (nicht nur in Zürich!) wegen der nur beschränkt vermehrbaren Fläche, mit der wachsenden Nachfrage nicht Schritt halten, was stets steigende Mietzinse zur Folge hat. Man muss schon beide Augen verschliessen, um nicht zu erkennen, dass die rasant zugenommene Nachfrage nach Wohnungen in den Städten zu einem grossen Teil durch die uneingeschränkte Masseneinwanderung ausgelöst worden ist. Doch statt die Einwanderung auf ein vernünftiges Mass einzupendeln, soll nun ein weiterer Eingriff in die Marktwirtschaft, einen Pfeiler unseres Wohlstands, vorgenommen werden. Dieser Weg wird aber keine Abhilfe verschaffen, im Gegenteil, er wirkt sogar kontraproduktiv. Ein solcher Eingriff in das Eigentumsrecht schreckt Investoren vom Bau neuer Wohnungen ab, was die Mieten tendenziell eher steigen als sinken lässt und bläht die jetzt schon überbordende Bürokratie im Bauwesen sowohl für die privaten Investoren wie auch für die betroffene Gemeinde weiter auf. So müssten beispielsweise fortan der Mietzins und jede Änderung im Grundbuch eingetragen werden (natürlich jedes Mal gebührenpflichtig). Die Gemeinde müsste eine Art Mietzinspolizei einführen, die regelmässig die betroffenen Liegenschaften abklappert, um zu kontrollieren, ob der gesetzlich erlaubte Höchstzins nicht überschritten wird.

Genfer Genossen

Schlimmer noch als in Zürich herrscht in Genf seit längerem eine prekäre Wohnungsnot. Marco Salvi, der im Auftrag von Avenir Suisse eine Studie zur Genfer Wohnungsnot leitete, kommt zum Schluss: «Besonders stark behindert wird der Bau neuer Wohnungen durch die staatliche Fixierung der Bodenpreise bei der Umzonung von Landflächen und die daran gekoppelten Bestimmungen, welche die Festsetzung der Mietzinse der auf solchen Grundstücken erbauten Wohneinheiten regeln.» Salvi rät den Genfern, den Baumarkt wieder freier spielen zu lassen, um die Investoren zu motivieren, in dieser Stadt zu investieren. Dazu gehöre der Abbau der sozialistischen Vorschriften und der ausufernden Bürokratie, also genau das, was der Zürcher Gemeinderat jetzt ausbauen will. Zwar gibt die Stadt Zürich vor, das Verwaltungswachstum zu stoppen, der Trend geht aber, nicht zuletzt auch mit der Umsetzung dieser Vorlage, in die entgegengesetzte Richtung.

Falscher Weg

Selbstverständlich darf das Recht auf Eigentum, wie andere Grundrechte auch, eingeschränkt werden, allerdings nur, wenn dies durch ein öffentliches Interesse gerechtfertigt wird. Im Falle der immer wieder geduldeten Hausbesetzungen, den 1. Mai-Krawallen, bei der die Stadt jeweils beide Augen zudrückt, fehlt diese Voraussetzung aber klar. Bei der kantonalen Vorlage für einen Mindestanteil von preisgünstigem Wohnraum scheint das öffentliche Interesse zwar vordergründig gegeben, wird aber in der Praxis das Gegenteil bewirken.

Parole SVP Stadt Zürich

Objektkredit von 81,359 Mio. Franken für den Neubau der Hochbauten (Eissportanlage) und die Erneuerung der Badeanlage im Sportzentrum Heuried — **JA**

Veranstaltung der SVP 10

Besuch im Polizeimuseum der Stadtpolizei Zürich

Im Polizeimuseum der Stadtpolizei Zürich im Parkhaus Urania sind Ausrüstungsgegenstände, Polizeiuniformen, Waffen, Funkgeräte oder handgeschriebene Polizeirapporte ausgestellt. Eine Fotoausstellung ab 1855 dokumentiert die Polizeiarbeit aus der Anfangszeit. Die Exponate zeigen die Entwicklung der Stadtpolizei Zürich. Sie geben Einblick in die Geschichte von der Niederen Polizei, den Stadtuhrenbesorgern und Rufenden Nachtwächtern bis hin zum heutigen Polizisten. Zusammen mit dem Kurator des Museums zeigen die Kantonsräte Rolf Stucker und Bruno Amacker den Gästen die Ausstellung und erläutern die Arbeit der Polizei. Die Führung dauert ca. 1½ Stunden, Platzzahl beschränkt. Anmeldung bitte an Rolf Stucker, am Wasser 56, 8049 Zürich oder per Mail: sturova@bluewin.ch

Ort: Polizeimuseum, Parkhaus Urania, Gittertüre rechts des Cafés
Datum: Donnerstag, 25. September 2014
Zeit: 19.00 Uhr (pünktlicher Beginn), anschliessend Apéro

LESERBRIEF

Fall Seco: Fehlbarer Beamter nutzte Machtvakuum aus

Mit der Aufarbeitung der Bestechungsaffäre im Beschaffungswesen rund um das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) kommt etwas Licht in den desaströsen Zustand dieser Abteilung. Wir erinnern uns, nicht die Kontrollinstanzen der Bundesverwaltung haben den Fall aufgedeckt, sondern die Zeitungen «Tages-Anzeiger» und «Bund». Als ehemaliger Leiter der Internen Revision (Inspektorat) eines grösseren Konzerns lese ich den Artikel so, als würden die Chefs im Seco ihren Berufsalltag am Ort einer Abgeschiedenheit und Unberührtheit verbringen.

Für sie war nur wichtig, dass die Rechensysteme irgendwie funktionierten, innerhalb von fetten Budgets. Und wenn etwas dumm gelaufen ist, kommt der oberste Chef, in diesem Fall BR Schneider-Ammann und erklärt: «Die moralische Verantwortung trägt die gesamte Hierarchie. Ich zähle mich dazu.» So läuft es in Bundesbern ab. Ob er gemerkt hat, dass er mit einer solchen Aussage den beiden – für diese Aufgabe ungeeigneten – Vorgesetzten des korrupten Ressortleiters eine willkommene «Absolution» erteilt hat?

Nach meinem Kenntnisstand müssten – nebst dem Ressortleiter – auch die untätigen direkten Vorgesetzten, die einen derartigen Bestechungsfall erst ermöglichten, sofort entlassen werden. Liegt da nicht ungetreue Geschäftsbesorgung vor? Das betrifft zum einen den ehemaligen Leiter des Bereiches Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung, aber auch Serge Gaillard, der von 2007 bis 2012 die Direktion für Arbeit im Seco leitete. Während sich ersterer per Ende Jahr frühpensionieren lässt, wurde Serge Gaillard (früherer Gewerkschaftssekretär) zum Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung befördert. Entspricht eine solche unverständliche Massnahme dem «Modus Operandi» im Bundeshaus oder ist sie vielmehr eine weitere Gefälligkeit von BR Eveline Widmer-Schlumpf gegenüber den Linken?

Dass sich mit solcherart Problemlösungen im Beschaffungswesen in Bundesbern inskünftig viel ändert, bezweifle ich. Zudem wurde kürzlich ruchbar, dass ein vor Jahren beschlossenes neues Vertragsmanagement-Tool (Verantwortlich: Justizdepartement) sich weiter verzögert. In der Bundesverwaltung gibt es – über alle Departemente – derzeit rund 2500 Dienstleistungsverträge mit einem Volumen von 3,3 Milliarden Franken.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Einladung zum Seemer Dorfet

(Winterthur-Seen)

Freitag bis Sonntag, 5. bis 7. September 2014

Die ***SVP Seen***
freut sich auf Ihren Besuch im

Wyystübli

an der Werdstrasse in Winterthur-Seen

Treffen Sie alte Bekannte, oder gewinnen Sie bei unseren ausgesuchten Weinen aus dem Wallis und der Umgebung neue Freunde.
Als «Unterlage» gibt es die bereits traditionellen «Militär»-Käseschnitten oder Bauernspeck und Bauernschüblig, natürlich mit Bauernbrot sowie unsere bodenständige Gerstensuppe

Das ***SVP Wyystübli-Team*** und Festwirt
Kantonsrat René Isler, Winterthur

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65

Anmeldung auch via www.svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Arbeitstagung der SVP Kanton Zürich

Energietagung – Chancen und Gefahren der Energiewende!

Samstag, 4. Oktober 2014, 08.30 Uhr – ca. 12.30 Uhr
Restaurant Doktorhaus, Alte Winterthurerstrasse, 8304 Wallisellen

Programm

08.30 Uhr	Kaffee / Gipfeli
09.00 Uhr	**Begrüssung / Einführung** *Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich*
09.10 Uhr	**Tagesziele und Ablauf** *Dr. Ueli Betschart, Präs. SVP-Kommission für Energie und Umwelt, Präs. VR EKZ*
09.15 Uhr	**Ist die Energiewende am Ende?** *Stephan Amacker, Dipl. Ing. ETH, SVP-Kommission für Energie und Umwelt*
10.00 Uhr	**Ist die Versorgungssicherheit gefährdet?** *Niklaus Zepf, Leiter Corporate Development, Axpo Holding*
10.30 Uhr	Pause
11.00 Uhr	**Energieplanungsbericht 2013** *Markus Kägi, Regierungsrat*
11.45 Uhr	**Sinnvolle Energiepolitik in der Gemeinde** *Stefan Krebs, alt Kantonsrat, alt Gemeinderat*
12.15 Uhr	**Diskussion und Fragen** *Dr. Ueli Betschart*
12.30 Uhr	**Schlusswort / Ende der Tagung** *Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich*

Anmeldetalon für die Arbeitstagung vom Samstag, 4. Oktober 2014

Name: ..... Vorname: .....
Strasse: ..... PLZ, Ort: .....
Tel: ..... E-Mail: .....

Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf,
Fax: 044 217 77 65 oder E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Dringend gesucht: Zinkblech galvanisiert für Dampfbahn-Furka-Bergstrecke in Gletsch (Gebäude 150-jährig) **und für Schrägdach.**
Wer würde uns das gratis abgeben?
Toni Bottinelli
Tel. 044 272 61 19 / 079 678 20 32

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

15 Ster Brennholz trocken ab Waldstrasse, Buchenspälten, davon 1 Ster Birke. Tel. 052 232 18 89.

ZU VERSCHENKEN

Schopf, 10 m x 15 m x 8 m, guter Zustand. Zum Abbrechen Okt./Nov. 14. Tel. 076 324 19 14.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung!

Mit einem JA zur Volksinitiative sorgen Sie dafür, dass

- ✔ im Gastgewerbe nicht länger ein dreimal so hoher Mehrwertsteuersatz (8%) für Lebensmittel bezahlt werden muss wie in Take-Away-Betrieben (2,5%),
- ✔ Lebensmittel wie Brot und Butter nicht teurer werden,
- ✔ Sie und die täglich **2,5 Millionen Gäste**, die sich im Gastgewerbe verpflegen, nicht mehr länger einen höheren Mehrwertsteuersatz bezahlen müssen.

Am 28. September:

Bratwurst-Diskriminierung stoppen! JA

zur Volksinitiative «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

www.schluss-mwst-diskriminierung.ch

Mietverteuerung?

Die Änderung des Planungs- und Baugesetzes führt für uns Mieterinnen und Mieter zu

- **weniger Mietwohnungen!**
- **höheren Mieten!**
- **Mietkontrollen und Belegvorschriften durch die Gemeinden!**
- **einem «gläsernen Mieter», der den Gemeinden Auskunft über Einkommen und Wohnverhältnisse geben muss!**

Deshalb am 28. September:

Planungs- und Baugesetz
(Änderung vom 28. Oktober 2013)

NEIN

Mehr auf www.mietverteuerung-nein.ch

Mietervereinigung «Mietverteuerung Nein – gegen die PBG-Änderung», Postfach, 8600 Dübendorf

Endspurt der Unterschriftensammlung

Schluss mit Stau!

Jetzt herunterladen und unterschreiben
www.anti-stauinitiative.ch

Anti-Stauinitiative

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 8. September 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 20. Oktober 2014, ab 20.00 Uhr, Stammtisch Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Vorstandssitzung.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Aeugst
Donnerstag, 18. September 2014, 17.00–18.30 Uhr, Besichtigung Tierspital Zürich, die Anzahl der Teilnehmer ist beschränkt, Anmeldung beim Präsidenten Ruedi Bieri, Telefon 044 761 66 26.

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Freitag, 26. September 2014, 07.15-18.00 Uhr, Jahresausflug nach Appenzell und Säntis (weitere Angaben folgen).

Montag, 24. November 2014, 20.00 Uhr, im Schützenhaus Hausen am Albis, Parteiversammlung und Chlaushöck.

Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis
Mittwoch, 15. Oktober 2014, 20.00 Uhr, im Singsaal des Schulhauses Mettlen, Wettswil am Albis, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Luzi Stamm und alt Nationalrat Hans Kaufmann.

Bezirk Bülach / Eglisau
Samstag, 4. Oktober 2014, 14.00 Uhr (bei jedem Wetter), Treffpunkt beim Werkhaus an der Stadtbergstrasse 9, Eglisau, Führung durch die Eglisauer Rebberge. Wir werden fachkundig über die Geheimnisse des Weinbaus informiert. Im Förlibuck geniessen wir bei einem offerierten Gläschen die herrliche Aussicht auf den Rhein und das Städtli. Nach ca. 2 Stunden wieder zurück am Ausgangspunkt, lassen wir den Nachmittag bei Wein, Wurst und Brot zu kleinen Preisen ausklingen. Mit gutem Schuhwerk und Kleidung der Witterung entsprechend.

Bezirk Dielsdorf
Donnerstag, 25. September 2014, 18.00 Uhr bis Sonntag, 28. September 2014, 18.00 Uhr, auf der Pferderennbahn Dielsdorf, Gewerbeschau Dielsdorf 2014, SVP des Bezirks Dielsdorf mit eigenem Stand. Öffnungszeiten: Donnerstag 18.00 bis 22.00 Uhr, Freitag 17.00 bis 22.00 Uhr, Samstag 11.00 bis 22.00 Uhr, Sonntag 10.00 bis 18.00 Uhr.

Bezirk Dielsdorf / Dänikon-Hüttikon
Samstag, 6. September 2014, Mitgliederreise an die AIR14, Abreise mit Reisecar um 6.30 Uhr in Dänikon. Begleitet von Kantonsrat Christian Lucek (Berufsbordoperateur) an den 100-jährigen Geburtstag der Luftwaffe in Payerne. Es erwartet Sie eine Airshow der Superlative, sowohl mit historischen Flugzeugen wie internationalen Kunstflugteams. Kosten pro Person Fr. 70.–. Es hat noch freie Plätze. Weitere Auskunft und Anmeldungen bei: christian.lucek@hispeed.ch

Bezirk Dielsdorf / Furttal
Samstag, 13. September 2014, 10.00–11.45 Uhr, Gasthof Höfli, Otelfingen, 3. öffentlicher Politstamm. 10.00 Uhr: Begrüssung durch Kantonsrat Jürg Sulser, 10.05 Uhr: Referat von Regierungsrat Ernst Stocker zum Thema: Verkehr im Wirtschaftsstandort Zürich, 10.45 Uhr: Diskussion, 11.15 Uhr: Apéro (Die Organisatoren laden ein). Organisation: Kantonsrat Jürg Sulser und SVP-Ortssektionen Furttal.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 6. September 2014, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 24. Politstamm. Referent: Kantonsrat Roland Scheck. Thema: Die Folgen rot-grüner Politik – SVP reagiert mit Anti-Stauinitiative.

Bezirk Meilen / Meilen
Montag, 29. September 2014, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.15 Uhr), Restaurant Löwen, Seestrasse 595, Meilen, Meilemer Polit-Arena, Schweiz – EU, wie geht es weiter? Einführungsreferat: Markus Somm, Chefredaktor und Verleger Basler Zeitung BAZ. Moderation: Stadtrat Filippo Leutenegger (FDP), Zürich. Politische Diskussion: Nationalrat Ruedi Noser (FDP), Nationalrat Thomas Matter (SVP), Nationalrat Cedric Wermuth (SP) und Landrat Jacques Marti (SP). Ausklang bei einem gemeinsamen Apéro. Offeriert von den Ortsparteien FDP und SVP.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Freitag, 19. September 2014, Apéro ab 18.30 Uhr, Schützenhaus, Russikon, SVP-Party 2014 mit Nationalrat und Kantonalpräsident Alfred Heer zum Thema: Wie kann die Schweiz ihre Unabhängigkeit bewahren? Parteimitglieder, Gäste und Freunde der SVP sind herzlich eingeladen. Um 19.30 Uhr servieren wir unseren traditionellen Beinschinken mit Kartoffelsalat. Nach dem Referat unseres Gastes führen wir wiederum einen Lotto-Match mit attraktiven Preisen durch.

Stadt Winterthur / Seen
Freitag, 5. September 2014 bis Sonntag, 7. September 2014, Seemer Dorfet. Die SVP Seen freut sich auf Ihren Besuch im Wyystübli an der Werdstrasse in Winterthur-Seen. Treffen Sie alte Bekannte, oder gewinnen Sie, bei unseren ausgesuchten Weinen aus dem Wallis und der Umgebung, neue Freunde. Als «Unterlage» gibt es die bereits traditionellen «Militär»-Käseschnitten oder Bauernspeck und Bauernschüblig, natürlich mit Bauernbrot sowie unsere bodenständige Gerstensuppe.

Stadt Zürich / Kreis 10
Donnerstag, 25. September 2014, 19.00 Uhr, Polizeimuseum, Parkhaus Urania, Gittertüre rechts des Cafés, Besuch im Polizeimuseum der Stadtpolizei Zürich, zusammen mit dem Kurator des Museums zeigen die Kantonsräte Rolf Stucker und Bruno Amacker den Gästen die Ausstellung und erläutern die Arbeit der Polizei. Die Führung dauert ca. 1½ Stunden, anschliessend Apéro, Platzzahl beschränkt. Anmeldung an Rolf Stucker, am Wasser 56, 8049 Zürich oder per Mail an sturova@bluewin.ch. Eine Veranstaltung der SVP Zürich 10.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 31. Oktober 2014, 18.00 Uhr, Volléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referent: Gemeinderat Dr. Daniel Regli, SVP, Zürich, Thema: «Gottlieb Duttweiler und Carsten Schloter – vom Umgang mit Grenzen im privaten und öffentlichen Leben».

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 6. September 2014 bis Sonntag, 7. September 2014, jährliche Schwamendinger Chilbi. Der Vorstand der SVP Schwamendingen freut sich, Sie persönlich im traditionellen Waldbahnhof begrüssen zu dürfen, welcher am Samstag ab 13.00 Uhr bis 02.00 Uhr sowie am Sonntag von 10.00 Uhr bis 22.00 Uhr in Betrieb ist. Geniessen Sie nicht nur unsere traditionellen Chässchnitten und Schüblig, sondern auch das gesellige Zusammensein bei einem persönlichen Gespräch mit den SVP-Kantonsratskandidaten von Zürich Nord des Wahlkreises 11 und 12.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Donnerstag, 6. November 2014, 19.30 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 9. September 2014, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Hotel Banana City, Winterthur, Podiumsdiskussion zur Einheitskasse. Pro: Kantonsrat Beat Bloch (CSP), Kantonsrätin Kathy Steiner (Grüne) und Nationalrätin Jacqueline Fehr (SP). Contra: Nationalrat Jürg Stahl (SVP), Nationalrat Beat Walti (FDP) und Nationalrat Thomas Weibel (GLP). Moderation: Jakob Bächtold, Stv. Chefredaktor Landbote. Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 21. September 2014, **5. Ausfahrt:** Pässefahrt.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Einladung zur SVP-Party 2014

mit Nationalrat und Kantonalpräsident

Alfred Heer

zum Thema

«Wie kann die Schweiz ihre Unabhängigkeit bewahren?»

Freitag, 19. September 2014, Apéro ab 18.30 Uhr
Schützenhaus, Russikon

Parteimitglieder, Gäste und Freunde der SVP sind herzlich eingeladen.

Um 19.30 Uhr servieren wir unseren traditionellen Beinschinken mit Kartoffelsalat.
Nach dem Referat unseres Gastes führen wir wiederum einen Lotto-Match mit attraktiven Preisen durch!

Wir freuen uns auf einen gemütlichen Abend!

Besuch des Europarats Strassburg mit Alfred Heer

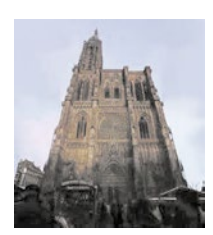
Tagesausflug, am Mittwoch, 1. Oktober 2014

Programm:

07.10 Uhr	**Abfahrt** mit Car ab Zürich (Fahrzeit ca. 2.45 h)
10.10 Uhr	**Ankunft** im Europarat, Begrüssung durch Alfred Heer
10.15 Uhr	**Eintritt Europarat,** Einführung und Diskussion mit Alfred Heer, Nationalrat und Mitglied des Europarats: – ***Die Bedeutung des Europarates für die Schweiz*** – ***Die Aufgabe eines SVP-Vertreters im Europarat***

Besuch der Tribüne des Europarates, kurze Filmvorführung über den Europarat und Führung durch den Europapalast mit Alfred Heer.

Danach Aperitif und gemeinsames Mittagessen in einem typischen Elsässer Restaurant in der Altstadt mit Alfred Heer.



ca. 14.30 Uhr	**Nachmittag zur freien Verfügung in der sehenswerten Altstadt** evtl. Schifffahrt, Altstadtbesichtigung, Shopping
17.30 Uhr	**Rückfahrt** nach Zürich
ca. 20.45 Uhr	**Eintreffen** in Zürich
Kosten:	**Fr. 140.– pro Person** alles inklusive (extra: Getränke, ev. Stadtführung, Schifffahrt)
Anmeldung:	*sekretariat@svp-zuerich.ch – Telefon 044 217 77 66* Bitte umgehend anmelden, Anzahl Plätze begrenzt